

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 14. April 1967

Nummer 15

Anhaltende Kapitalmarkterholung

Kapitalmärkte eskomprieren Diskontsenkung

In den ersten Monaten dieses Jahres, besonders im März und in der ersten Aprilhälfte, haben sich die Kapitalmärkte weiterhin fühlbar erholt. Die zweimalige Ermäßigung des Diskontsatzes, die anhaltende Verbesserung der Bankenliquidität und die Erwartung einer baldigen weiteren Diskontsenkung führten dazu, daß die Neigung von Banken und Publikum, Wertpapiere zu kaufen, erheblich zunahm. Die Neuemissionen von Wertpapieren, vor allem von staatlichen Kassenobligationen, verstärkten sich zwar ebenfalls, aber das Angebot von Wertpapieren blieb — wenn auch mit Unterbrechungen — hinter der Nachfrage zurück. Gegenwärtig ist die Effektivverzinsung umlaufender festverzinslicher Wertpapiere mit 7 % um einen halben Punkt niedriger als im Dezember, und um einen Punkt geringer als im September vorigen Jahres. Auf dem Aktienmarkt liegt das Kursniveau um rund 15 % über dem Stand vom Ende vergangenen Jahres.

Starke Liquiditätszuflüsse zu den Banken . . .

Von Oktober vorigen bis Januar dieses Jahres haben die inländischen Nichtbanken und das Ausland sich besonders stark auf dem Geldmarkt und bei der Notenbank verschuldet und auf ihre Bargeldbestände zurückgegriffen. Der *Bargeldumlauf* ging — aufgrund der ungewöhnlich kräftigen Abnahme im Januar — im Berichtszeitraum um 1,8 Mrd. DM zurück. Hierzu dürfte beigetragen haben, daß mit dem verminderten Wachstum der Einkommen auch der Kassenbedarf der privaten Haushalte geringer geworden ist. Der *öffentliche Bereich* „verschlechterte“ gleichzeitig seine Nettoposition gegenüber der Bundesbank und dem Geldmarkt um fast 3 Mrd. DM: Öffentliche Stellen nahmen Notenbankkredite auf, verkauften den Geschäftsbanken hochliquide Geldmarktpapiere und finanzierten sich durch die Rückgabe von Mobilisierungspapieren an die Bundesbank. Die auf diesem Wege aufgenommenen Mittel wurden zu einem erheblichen Teil zur Finanzierung von Sonderzahlungen an das Ausland verwendet (2,3 Mrd. DM für Vorauszahlungen für Rüstungseinfuhren und für die Rückzahlung von Nachkriegsschulden). Trotz dieser

Sondertransaktionen verbesserte sich die Devisenbilanz fühlbar: die Nettoverschuldung des *Auslandes* gegenüber Bundesbank und Geldmarkt (d. h. die deutschen Währungsreserven) erhöhte sich um rund 1 Mrd. DM.

Mit der Einschränkung der Bargeldhaltung und mit der Notenbank- und Geldmarktverschuldung entlasteten die inländischen Nichtbanken und das Ausland die übrigen Kreditmärkte. Ihre Geldaufnahme bei den Geschäftsbanken — in erster Linie ihre Kurzkredite, aber auch der Zuwachs an längerfristigen Krediten — schrumpfte beträchtlich und blieb um 6 Mrd. DM hinter ihrer Geldanlage bei den Geschäftsbanken zurück.

Dieser Nettogeldstrom zu den Geschäftsbanken wurde durch die Mindestreservepolitik der Notenbank ergänzt. Die Bundesbank ermäßigte im Dezember — wie auch im Vorjahrsmonat — die Mindestreserven um 0,8 Mrd. DM. Während aber die Reservesatzsenkung Ende 1965 nur eine vorübergehende geldmarkttechnische Erleichterung gewesen war, verzichtete die Bundesbank diesmal darauf, die Reservesätze im Januar wieder anzuheben. Andererseits belastete sie zwar die Bankenliquidität, indem sie die „Kompensationsklausel“¹⁾ aufhob, der kontraktive Effekt dieser Maßnahme war jedoch gering (0,2 Mrd. DM).

. . . lockern Kapitalmärkte auf

Die Tendenz zu Liquiditätszuflüssen hat sich im Februar und im März fortgesetzt. Die volkswirtschaftliche Devisenbilanz schloß erneut mit nennenswerten Aktivsalden ab. Ferner ermäßigte die Bundesbank Anfang März die Mindestreserven um 1,7 Mrd. DM.

Wie schon im dritten Quartal 1966 benutzten die Banken die Liquiditätszuflüsse auch in der folgenden Zeit sowohl zu einem Abbau ihrer Refinanzierungsverbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank

¹⁾ Dieser Klausel zufolge konnten die Banken bei der Berechnung ihres Reserve-Solls ihre kurzfristigen Auslandsanlagen gegen ihre kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten aufrechnen. Der kontraktive Effekt, der von der Aufhebung dieser Klausel auf die Bankenliquidität ausging, wurde aber bald darauf dadurch gemildert, daß die Bundesbank die relativ hohen Reservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden den niedrigeren Sätzen für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen anpaßte.

Kreditnahme und Anlagen von inländischen Nichtbanken und Ausländern bei Kreditinstituten¹⁾
in Mrd. DM

	1965	1966	Okt. — Jan.	
			1965/66	1966/67
A. Kreditnahme bei Geschäftsbanken²⁾				
Kreditnahme von Inländern	30,6	24,8	9,1	4,0
dar.: Privater Bereich	(24,6)	(19,1)	(6,3)	(1,0)
Kreditnahme von Ausländern ³⁾	1,0	1,2	0,4	0,5
Wertpapiererwerb der Banken	3,8	9)1,8	9)1,1	9)2,4
Zusammen	35,4	27,8	10,6	6,9
B. Bildung von Anlagen bei Geschäftsbanken²⁾				
Anlage von Inländern	25,3	25,1	12,4	12,9
dar.: Privater Bereich	(23,1)	(21,9)	(11,4)	(11,8)
Anlagen von Ausländern ⁴⁾	0,1	-0,4	0,3	-0,4
Absatz von Bankobligationen	8,7	4,6	2,3	2,0
Sonstige Positionen	0,2	-0,1	-1,6	-1,6
Zusammen	34,3	29,2	13,4	12,9
C. Saldo von Kreditnahme und Anlagen bei Geschäftsbanken²⁾				
Kreditüberschuß (+)	+1,1	-1,4	-2,8	-6,0
D. Kreditnahme (+) oder Bildung von Anlagen (-) bei der Bundesbank und auf dem Geldmarkt				
Bargeldzunahme (-)	-1,8	-1,2	+0,6	+1,8
Öffentlicher Bereich (netto)	+1,8	+2,3	+2,2	+2,9
Ausland (netto) ⁵⁾	-1,3	+0,9	+0,6	+1,1
Sonstige Positionen	+0,2	-0,6	-0,6	+0,2
Zusammen (Ausgleich zu C)	-1,1	+1,4	+2,8	+6,0
E. Nachrichtlich: Änderung der Zentralbankguthaben und Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken²⁾				
Zunahme der Zentralbankguthaben ⁶⁾	1,2	1,4	1,4	0,8
zum Vergleich Mindestreserve-Soll	(0,9)	(-1,2)	(-0,8)	(-0,4)
Zunahme der liquiden Anlagen ⁷⁾	-0,2	0,8	0,8	3,6
Zunahme (-) der Refinanzierung ⁸⁾	-2,0	-0,8	0,5	1,3
Zunahme (-) der Einlagen ausländ. Banken	-0,1	0,0	0,1	0,3
Zusammen (=D)	-1,1	1,4	2,8	6,0

1) Bundesgebiet einschl. Berlin (West). — 2) Kreditinstitute ohne Bundesbank. — 3) Ohne Bankguthaben und Geldmarktanlagen. — 4) Ohne Einlagen ausländ. Banken. — 5) = Zunahme (+) der Netto-Währungsreserven der Bundesbank sowie Zunahme (+) des Überschusses der liquiden Auslandsanlagen deutscher Geschäftsbanken (Anm. 7) über die Bank-einlagen ausländ. Banken. — 6) Überwiegend Transaktionskasse und Mindestreserven. — 7) Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen, Guthaben bei ausländ. Banken und Geldmarktanlagen im Ausland. — 8) Bei der Bundesbank. — 9) Um Abschreibungen auf Wertpapierbestände bereinigt.

als auch zur Aufstockung ihrer liquiden Anlagen. Im Durchschnitt der Monate Januar bis März dieses Jahres waren die liquiden Anlagen der Geschäftsbanken um schätzungsweise 5,5 Mrd. DM größer als die Refinanzierungsverbindlichkeiten. Die als Differenz zwischen Anlagen und Refinanzierung definierten „erfaßbaren freien Liquiditätsreserven“ lagen damit um ungefähr 6,5 Mrd. DM über dem Tiefstand vom vergangenen Jahr (Mai bis Juli) und etwa wieder so hoch wie Mitte 1964. Das Niveau vor Beginn der Restriktionspolitik im März 1964 (über 8 Mrd. DM) wurde allerdings noch nicht erreicht.

Eine konsequente Politik der Hinnahme und Förderung von Liquiditätszuflüssen setzt auch eine Ermäßigung der von der Notenbank unmittelbar kontrollierten Zinssätze voraus. So senkte die Bundesbank nach dem Jahreswechsel in zwei Schritten den Diskontsatz von 5 auf 4 0/0. Ferner ermäßigte sie mehrmals die Abgabesätze für ihre Geldmarktpapiere in ungefähr dem gleichen Maße wie den Diskontsatz. Anfang März waren Diskont- und Abgabesätze auf dem Stand von Mitte vorigen Jahres; sie lagen allerdings immer noch um 1 0/0 über den Sätzen vom Jahre 1964.

Der Liquiditätsstrom, der Kurswechsel der Bundesbank und die dadurch hervorgerufene Erwartung eines niedrigeren Kapitalzinses führten dazu, daß die Nachfrage von Banken und Publikum nach Wertpapieren zunahm und die Kapitalzinssätze tatsächlich zurückgingen.

Die Graphik zeigt, daß die Kurse festverzinslicher Wertpapiere und die Bankenliquidität zwar die gleiche Tendenz aufweisen, aber sich nicht immer mit der gleichen Intensität verändern. Wie die — insbesondere 1956 und 1957 gemachte — Erfahrung lehrt, pflegt nach langen Phasen starker Liquiditätseinbußen und Kursverluste die Liquiditätsneigung der Geldanleger so groß zu sein, daß Mittelzuflüsse zunächst weit mehr zur Wiederauffüllung der Liquiditätspolster als zur Wertpapieranlage verwendet werden. Hinzu kam, daß die — in den letzten Monaten vorigen Jahres einsetzende — Zinssenkung im Ausland zunächst nur geringe Fortschritte machte. Dadurch wurde die Zunahme der inländischen Nachfrage nach Wertpapieren und der Kapitalzinsrückgang insofern gebremst, als die deutschen Geschäftsbanken erhebliche Geldexporte vornahmen und die Entspannung auf den inländischen Märkten erschwert wurde. So kam im Februar die Kapitalzinssenkung in der Bundesrepublik fast zum Stillstand. Sie setzte sich erst im Laufe des März fort, als die Mindestreservevermäßigung wirksam wurde und die verstärkte „Zinsabrüstung“ im Ausland den Spielraum für weitere Zinsrückgänge im Inland erweiterte.

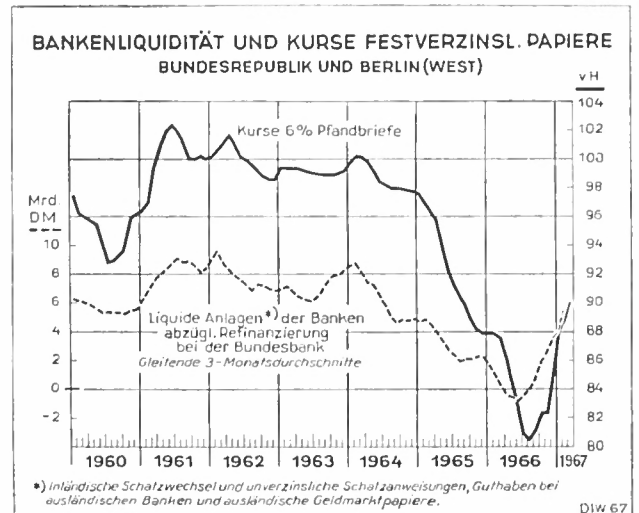
Ist eine weitere Kapitalmarkterholung gesichert?

Die Bundesbank wird vermutlich in Kürze ihren Diskontsatz erneut herabsetzen, zumal jetzt auch in den USA und Kanada die Bankrate gesenkt worden ist. Ferner ist mit weiteren starken Liquiditätszuflüssen aus dem Ausland zu rechnen. Trotzdem werden an die Prognose einer anhaltenden Zinssenkung häufig einige Vorbehalten geknüpft:

1. Die am 1. April vorgenommene Freigabe der bisher gebundenen Kredit- und Einlagenzinsen würde die Zinssenkung aufhalten, wenn sie von den mit Steuer- und damit Kostenvorteilen ausgestatteten Sparkassen zu einem „Hochhalten“ ihrer Einlagenzinsen mißbraucht würde. Die ersten Anzeichen hierfür lägen bereits vor: Die Einlagenzinsen seien dem im Februar ermäßigten Diskontsatz nicht gefolgt.

2. Der Kapitalmarkt muß vorerst noch geschont werden, damit die Zinsentwicklung keine gefährlichen Rückschläge erleidet.

Die Sorge, die Zinsfreigabe werde eine von der Bundesbank ausdrücklich gewünschte Zinssenkung verhindern, ist nicht begründet. Sollten die Sparkassen — was von ihren Konkurrenten meist unter-



*) Inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Guthaben bei ausländischen Banken und ausländische Geldmarktpapiere.

stellt wird — auch bei der nächsten Senkung des Diskontsatzes tatsächlich ihre Einlagenzinsen nicht oder weniger stark ermäßigen als von den übrigen Banken geplant, dann würde wahrscheinlich die Tendenz zur Zinssenkung zwar nicht abgebrochen, aber doch vorübergehend abgeschwächt werden. Denn die übrigen Banken müßten aus Konkurrenzgründen ihre Einlagenzinsen denen der Sparkassen anpassen; um nicht zu kleine Zinsspannen hinzunehmen, würden sie ihre Sollzinsen vermutlich weniger stark senken, als sie es sonst tun würden. Die Bundesbank wäre gegen eine solche Entwicklung jedoch nicht machtlos, sondern sie könnte sie durch eine noch stärkere Ermäßigung des Diskontsatzes, der Abgabesätze und der Mindestreserven überspielen.

Werden die Sparkassen es aber überhaupt so weit kommen lassen? Seit Jahren sind ihre Steuervorteile Ziel heftiger Kritik der nichtbegünstigten privaten Banken. Diese Attacken würden mit Sicherheit noch heftiger und vermutlich sehr viel erfolgreicher sein, wenn die Sparkassen in den Verdacht gerieten, eine Habenzinspolitik zu verfolgen, die zu Lasten ihrer eigenen Zinsspanne, aber auch zu Lasten der Spanne konkurrierender Institutsgruppen ginge. Die Sparkassen müßten deshalb daran interessiert sein, die Zinssenkungspolitik der Bundesbank voll zu unterstützen.

Anleihe- oder Geldmarktfinanzierung staatlicher Defizite?

Der Ruf nach Schonung statt nach Mehrbeanspruchung des Kapitalmarktes ist paradox. Die Zinssenkung kann doch nicht Selbstzweck sein, sondern sie soll dazu dienen, die Konjunktur wieder zu beleben. Sie soll also öffentliche Stellen, die Wohnungswirtschaft und sonstige private Unternehmen *umgehend* ermutigen und in die Lage setzen, mehr Kapitalmarktmittel als bisher aufzunehmen, um zusätzliche Investitionen bzw. Ausgabenüberschüsse²⁾ zu finanzieren und darüber hinaus die von Schuldnern wie Gläubigern dringend erwünschte Konsolidierung der starken kurzfristigen Schulden vorzunehmen.

Gewiß ist eines zu bedenken: In der Bundesrepublik ist die Vorstellung von einer ständig drohenden Überforderung des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand heute so weit verbreitet, daß die

Öffentlichkeit gegen staatliche Anleihen allergisch ist. Deshalb besteht — zumindest vorerst noch — die Gefahr, daß das Zusammentreffen größerer Anleihepläne des Bundes mit einer lebhafteren Emissionstätigkeit anderer Kreditnehmer die Stimmung auf dem Rentenmarkt verschlechtern würde. Aus diesen psychologischen Gründen ist es notwendig, daß der Bund seine Defizite solange zum großen Teil mit Notenbank- und Geldmarktkrediten finanziert, bis eine Ablösung durch Anleihen nicht mehr als kapitalmarktpolitisch bedenklich anzusehen ist.

Leider wird auch dieser Weg selbst in Rezessionsperioden nur mit erheblichen Vorbehalten beschritten, da diese Finanzierungsmethode grundsätzlich mit dem Makel der „Unsolidität“ behaftet ist. Die Bundesbank ist zwar bereit, eine weitgehende Geldmarktfinanzierung des schon verabschiedeten Eventualhaushaltes und ungeplanter Steuerdefizite zu unterstützen. Sie wendet sich aber — wie der Bundesbankpräsident kürzlich erklärt hat — kategorisch dagegen, daß weitere staatliche Defizite, die vom Sachverständigenrat wie auch vom DIW für notwendig gehalten werden, mit Geldmarktmitteln finanziert werden. Eine zusätzliche Geldschöpfung gefährde den Binnengeldwert; es sei besser, eine langfristige Finanzierung über eine Auflockerung des Kapitalmarktes zu erreichen.

Diese Argumente können nicht überzeugen. Seit Mitte vorigen Jahres unterstützt die Bundesbank den starken Liquidisierungsprozeß bei den Banken, um die Voraussetzungen für eine Auflockerung des Kapitalmarktes zu schaffen. Wenn aber die „Geldschöpfung“ über Devisenzufüsse und Mindestreserve-Senkungen als geldwertpolitisch unbedenklich angesehen wird, dann ist nicht einzusehen, weshalb eine „Geldschöpfung“ über die Geldmarktfinanzierung staatlicher Defizite „inflationär“ sein soll. Die Sorge vor einer solchen Finanzierung ist um so weniger berechtigt, als damit zu rechnen ist, daß eine verstärkte Geldschöpfung aus inländischen Quellen den Liquiditätszustrom aus dem Ausland eindämmen würde.

²⁾ Im Falle einer Konjunkturbelebung würden unsere Ausfuhrüberschüsse (Ausgabenüberschüsse des Auslandes) kleiner sein als im Falle einer weiteren Stagnation; auch die privaten Haushalte würden aufgrund höherer Einkommen vermutlich mehr sparen. Die Ausgabenüberschüsse müßten dann von Unternehmen „übernommen“ werden; die des Staates würden sich eher vermindern als vergrößern.

Die künftige Entwicklung des Gasverbrauches in der Bundesrepublik Deutschland

Im Jahre 1966 betrug der Gasverbrauch¹⁾ in der Bundesrepublik einschließlich Saarland und Westberlin nach vorläufigen Schätzungen 43,8 Mrd. Nm³ (4300 kcal/Nm³) und stieg damit seit 1956 um mehr als 10 Mrd. Nm³ (1956: Verbrauch 33,6 Mrd. Nm³).

Projektionsrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung²⁾ ergeben einen auch weiterhin langsam zunehmenden Gasverbrauch, der im Jahre 1968 auf 44,9 Mrd. Nm³ und bis 1970 auf 46,1 Mrd. Nm³ ansteigen wird.

Die Entwicklung nach Hauptverbrauchergruppen ...

Der *industrielle Gasverbrauch* ist im Zeitraum 1956 bis 1966 von 29,9 Mrd. Nm³ auf 34,4 Mrd. Nm³ gestiegen, der Gasabsatz im *Haushalts- und Kleinverbrauch* erhöhte sich in der gleichen Zeit von 3,7 Mrd. Nm³ auf 6,6 Mrd. Nm³. In der Elektrizitäts-

wirtschaft wurde im Jahre 1956 kaum Gas (0,1 Mrd. Nm³), 1966 dagegen bereits die Menge von rund 2,8 Mrd. Nm³ verbraucht. Während der Anteil des industriellen Gasverbrauches am Gesamtgasverbrauch demnach von 89 vH auf 78,5 vH sank, stieg der Anteil des Haushalts- und Kleinverbrauches von 11 vH auf 15,1 vH und der Anteil der Elektrizitätswirtschaft beträgt heute bereits 6,4 vH.

Zu den wesentlichsten Gasverbrauchern der Industrie zählen die eisenschaffende Industrie mit einem Gasverbrauch im Jahre 1966 von 12 Mrd. Nm³, die chemische Industrie mit einem Verbrauch von 9,5 Mrd. Nm³ und der Bergbau mit 6,4 Mrd. Nm³.

Diese drei Industriebereiche hatten im Jahre 1966 am Gasverbrauch der Industrie einen Anteil von rund 81 vH. Daher ist auch die Entwicklung dieser

¹⁾ Gicht-, Kokerel-, Erd-, Raffinerie- und Flüssiggas.

drei Industriezweige für den künftigen Gasabsatz von entscheidender Bedeutung.

Der stark zunehmende Gasverbrauch im Bereich „Haushalts- und Kleinverbrauch“ wurde einerseits verursacht durch das sehr kräftige Wachstum des Wohnungsbestandes, andererseits ist dieser Verbrauchsanstieg, zumindest in den letzten Jahren, bereits eine Folge des vermehrten Gasabsatzes für Heizzwecke. Hier wirkt sich erstmals die Substitution von Kohle und Heizöl durch das Gas aus.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß von der Entwicklung des Wohnungsbestandes künftig in gleichem Maße expansive Einflüsse auf den Gasabsatz im Haushalts- und Kleinverbrauch ausgehen werden. Der jährliche Zuwachs des Wohnungsbestandes, der seit 1955 im Durchschnitt rund 600 000 Einheiten betragen hat, dürfte in den Jahren bis 1970 im Durchschnitt kaum noch 400 000 Einheiten erreichen.

Demgegenüber wird allerdings der zweite Einflußfaktor, die Substitution der bisher im Haushalts- und Kleinverbrauch eingesetzten Energieträger durch das Gas, an Bedeutung gewinnen und den Gasabsatz weiterhin steigen lassen.

Mit Hilfe partieller Wachstumsprognosen und der Vorausschätzung des spezifischen Gasverbrauchs der einzelnen Industriezweige²⁾ wurde der Gesamtgasverbrauch der Industrie errechnet.

Voraussichtlicher Gasverbrauch in der Bundesrepublik
in Mrd. Nm³ (4300 kcal/Nm³)

Absatzbereiche	1966	1968	1970
Bergbau	6,4	5,9	5,1
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	25,3	26,4	27,5
Investitionsgüterindustrie	1,7	1,6	1,4
Verbrauchsgüterindustrie	0,9	0,8	0,8
Nahrungsmittelindustrie	0,1	0,2	0,2
Industrie und Bergbau gesamt	34,4	34,9	35,0
Haushalts- und Kleinverbrauch	6,6	7,0	7,7
Elektrizitätswirtschaft	2,8	3,0	3,4
Gesamter Gasverbrauch	43,8	44,9	46,1
davon:			
Schleswig-Holstein	0,4	0,4	0,4
Hamburg	0,6	0,7	0,9
Bremen	0,6	0,7	0,8
Niedersachsen	2,7	2,8	3,0
Nordrhein-Westfalen	28,7	28,5	28,1
Hessen	1,4	1,5	1,6
Rheinland-Pfalz	1,8	1,9	2,0
Saarland	3,3	3,1	2,8
Bayern	2,8	3,7	4,6
Baden-Württemberg	1,1	1,2	1,4
Berlin	0,4	0,4	0,5

... und Bundesländern

Als größtes Industriegebiet ist Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 72 vH am industriellen Gasverbrauch der Bundesrepublik beteiligt; er betrug 1966 in Nordrhein-Westfalen 24,7 Mrd. Nm³.

Mit einem Anteil von 8,5 vH und einem Gasverbrauch von 2,9 Mrd. Nm³ folgt das Saarland; danach

rangieren Bayern mit 2,0 Mrd. Nm³ (6 vH) und Niedersachsen mit 1,9 Mrd. Nm³ (5,5 vH).

Bei den einzelnen Verbrauchergruppen läßt sich innerhalb der einzelnen Bundesländer im Zeitraum 1958 bis 1966 eine recht unterschiedliche Entwicklung des Gasverbrauches feststellen. Diese Entwicklung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Der Gasverbrauch im Jahre 1966 nach Bundesländern
1958 = 100

Land	Industrieller Verbrauch	Haushalts- und Kleinverbrauch	Gesamtverbrauch
Schleswig-Holstein	97	156	123
Hamburg	120	161	149
Bremen	246	125	206
Niedersachsen	156	162	157
Nordrhein-Westfalen	117	140	119
Hessen	140	158	146
Rheinland-Pfalz	116	157	122
Saarland	171	197	172
Bayern	159	164	160
Baden-Württemberg	122	154	146
Berlin	76	132	115
Bundesrepublik	120	151	124

In allen Bundesländern mit Ausnahme Bremens ist der Gasverbrauch im Bereich Haushalts- und Kleinverbrauch stärker gestiegen als im Bereich der Industrie.

Der unterschiedliche Anstieg des industriellen Gasverbrauches in den Bundesländern ist eine Folge des ungleichen Wachstums bestimmter Industriezweige in den einzelnen Ländern, er hängt jedoch auch mit der unterschiedlichen Struktur der Gasversorgung und deren Entwicklung zusammen (unterschiedlich schneller Ausbau der Ferngasversorgung).

Zur Projektion des regionalen Gasverbrauches wurden zwei Prognosen miteinander kombiniert; einmal die Prognose des Gasverbrauches der Industrie (aufgeteilt in 17 Industriezweige), des Haushalts- und Kleinverbrauchs (gegliedert in Haushalt, Handel und Gewerbe, Restbereich) und der Elektrizitätswirtschaft für die Bundesrepublik als Ganzes und zum anderen die Projektion des regionalen Anteils dieser Verbrauchergruppen am gesamten Gasverbrauch der jeweiligen Verbraucher in der Bundesrepublik.

Der von 1966 bis 1970 zu erwartende Anstieg des Gasverbrauches um 2,3 Mrd. Nm³ verteilt sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Bundesländer. Den größten Zuwachs wird der süd- und südwestdeutsche Raum mit Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz aufweisen.

Geringeres Wachstum zeichnet sich für die norddeutschen Länder ab, während der Gasverbrauch in Nordrhein-Westfalen und im Saarland leicht rückläufig sein wird.

²⁾ Der spezifische Gasverbrauch ist der Gasverbrauch je Produktinheit.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Tel. 76 10 33; — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb,
Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seldler,
Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seldler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 1 Zahlenbeilage; der nächste Wochenbericht erscheint als Doppelnummer am 28. April 1967

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1965		1966												1967
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Anzahl der Arbeitstage			21,4	22,8	21,5	20,8	23,8	20,0	20,8	21,2	22,0	23,7	22,8	22,0	21,4	21,8	22,5
Bevölkerung																	
Bevölkerungsbestand, gesamt	D	1000	E	76345	.	.	76545	.	.	76738	.	.	76896
" " " " " " " "	BRD *)	"	"	57114	57099	57145	57209	57299	57358	57423	57485	57536	57586	57635	57665	57662	57608
" " " " " " " "	W-B	"	"	2199	2198	2196	2194	2193	2193	2192	2191	2190	2189	2189	2189	2188	2185
" " " " " " " "	O-B	"	"	.	1078	.	.	1079	.	.	1081	.	.	1083	.	.	.
" " " " " " " "	MD *)	"	"	.	15970	.	.	15974	.	.	15981	.	.	15989	.	.	.
Bevölkerungsbewegung																	
Geburten 1)	BRD	auf 1000	Einwohner	16,8	16,4	17,2	18,4	18,8	18,5	18,4	18,8	17,5	17,3	17,5	16,6	16,5	16,3
" " " " " " " "	MD	"	"	15,4	15,5	16,5	17,1	17,0	16,7	16,2	16,2	15,3	15,2	15,7	14,0	14,4	14,8
Sterbefälle 2)	BRD	"	"	12,1	12,3	12,5	12,2	12,4	12,4	11,2	11,1	10,2	10,5	10,3	11,0	12,2	12,2
" " " " " " " "	MD	"	"	14,1	14,7	15,7	15,2	14,0	13,5	12,6	12,7	11,5	12,1	11,6	12,0	14,2	14,2
Eheschließungen	BRD	"	"	6,8	7,0	5,2	6,8	7,0	8,8	10,5	8,5	10,5	12,8	6,9	7,0	6,4	6,8
" " " " " " " "	MD	"	"	5,4	7,4	4,0	5,4	5,3	9,1	9,4	6,7	9,6	9,5	7,0	7,3	4,8	7,0
Arbeitsmarkt																	
Beschäftigte 3)	BRD	1000	VD	21900	.	.	21692	.	.	21939	.	.	21890	.	.	21640	.
darunter weibliche	"	vH	"	33,0	.	.	33,3	.	.	33,1	.	.	33,1	.	.	33,3	.
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	"	1000	E	119	178	269	236	141	121	108	101	101	106	113	146	216	372
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 4)	"	vH	"	0,5	0,8	1,2	1,1	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	1,0	1,7
Unterstützte Arbeitslose 5)	"	1000	M	58	110	182	198	120	84	69	63	60	60	63	73	102	209
Off. Stellen b. d. Arb.-Ämtern	"	1000	E	583	523	548	592	622	596	608	621	619	594	536	436	319	252
Arbeitslose je 100 off. Stellen	"	Anzahl	"	20	34	49	40	23	20	18	16	16	18	21	33	68	148
Einkommen																	
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM	S	5209,9	5234,7	4600,6	4367,0	4976,4	4861,3	4980,5	5160,1	5056,7	5248,2	5081,4	4815,3	5214,5	5192,1
Gehälter in der Industrie	"	"	"	2248,2	2397,3	2113,0	2077,5	2178,3	2190,8	2235,7	2256,2	2265,1	2228,9	2225,3	2204,6	2417,5	2588,7
Beschäftigung d. Ind. 6)																	
Gesamte Industrie	BRD	1000	E	8514,6	8438,0	8413,6	8418,7	8429,3	8473,6	8461,4	8443,0	8430,2	8425,9	8387,1	8325,3	8261,6	8147,3
Bergbau	"	"	"	463,4	460,2	457,1	454,8	452,4	447,2	442,5	437,9	433,2	429,7	425,9	418,8	415,3	411,1
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	1807,9	1781,9	1761,0	1765,4	1773,9	1793,9	1791,6	1790,4	1789,3	1787,6	1774,4	1757,9	1741,1	1713,0
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	3653,2	3632,1	3632,6	3632,4	3630,4	3653,0	3650,5	3642,4	3636,6	3635,4	3617,6	3587,0	3562,7	3526,1
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	2054,1	2043,3	2046,2	2051,8	2053,3	2066,4	2061,4	2053,3	2046,3	2044,4	2035,2	2025,8	2012,1	1983,5
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	535,9	520,7	515,6	514,3	513,3	513,1	515,4	519,0	524,1	528,8	534,0	535,8	530,4	513,6
Eisenschaffende Ind.	"	"	"	269,0	255,8	240,5	245,8	260,3	266,2	267,8	267,9	268,4	266,8	264,0	260,1	253,7	239,4
Eisen-, Stahl- u. Tempergieß.	"	"	"	356,1	353,4	353,0	351,3	350,2	352,1	350,1	349,4	348,2	347,5	344,4	340,1	337,6	334,5
NE-Metallindustrie	"	"	"	138,8	136,6	135,0	134,2	133,0	132,3	131,3	130,7	129,9	129,6	127,7	125,8	124,1	121,6
Chemische Industrie	"	"	"	89,3	88,2	88,2	88,1	88,2	88,6	88,6	88,8	89,1	89,1	88,6	87,8	87,1	86,1
Stahlbau	"	"	"	534,7	531,2	531,0	532,8	534,7	540,5	540,7	540,7	541,9	543,3	541,6	539,8	538,6	
Maschinenbau	"	"	"	230,9	229,1	218,9	218,0	218,2	219,4	218,7	219,1	219,9	219,5	219,1	215,9	212,1	
Fahrzeugbau	"	"	"	1089,6	1084,6	1097,6	1097,4	1096,6	1108,1	1108,4	1104,9	1103,8	1103,1	1096,7	1088,2	1082,3	
Schiffbau	"	"	"	520,1	517,6	516,1	518,3	518,4	521,4	522,1	522,3	521,3	522,4	520,5	516,9		
Elektrotechnische Ind.	"	"	"	80,9	80,8	80,1	80,1	79,9	80,5	80,7	80,3	80,3	80,2	79,5	79,4		
Feinmech. u. opt. Ind.	"	"	"	982,9	977,0	975,1	975,1	974,4	978,7	976,3	973,0	969,7	968,0	961,7	949,4		
Eisen-, Blech- u. Metallw.	"	"	"	156,1	155,3	154,3	154,5	154,2	154,8	154,7	154,3	154,2	154,9	154,6	154,7		
Holzverarbeitende Ind.	"	"	"	419,5	415,5	417,4	415,9	415,9	417,4	416,7	415,9	415,3	414,9	413,8	412,6		
Druckerei u. Vervielfältig.	"	"	"	220,0	218,4	217,8	218,4	218,8	220,1	220,1	219,7	219,0	218,7	218,1			
Textilindustrie	"	"	"	214,0	213,5	212,3	212,9	213,6	216,5	216,6	216,4	216,6	217,6	217,3			
Bekleidungsindustrie	"	"	"	549,0	545,9	546,7	546,8	545,1	546,2	544,4	541,5	538,6	537,1	533,8			
Darunter Arbeiter 7)	BRD	1000	E	6607,9	6534,4	6507,4	6509,2	6516,7	6535,9	6519,6	6503,3	6492,3	6483,3	6440,3	6386,6	6323,1	6209,7
Gesamte Industrie	"	"	"	399,3	396,0	393,4	391,2	388,9	383,9	379,5	375,1	371,2	367,7	364,1	357,8	354,4	
Bergbau	"	"	"	1381,5	1357,1	1336,4	1339,8	1358,8	1360,3	1357,9	1356,7	1356,3	1353,0	1338,5	1324,2		
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	2736,2	2715,2	2713,1	2710,4	2706,2	2717,5	2711,6	2704,7	2698,7	2695,2	2679,2	2624,1		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1697,7	1687,6	1690,4	1695,1	1695,8	1703,8	1698,1	1690,7	1684,8	1681,1	1671,2	1662,6		
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	393,1	378,4	374,1	372,8	372,1	370,3	372,6	376,2	381,4	386,3	390,8			
Geleist. Arbeiterstd.																	
Gesamte Industrie	BRD	Mill.	S	1084,3	1073,6	1023,2	988,0	1098,1	1020,6	1028,0	1025,4	980,1	976,8	1044,3	1031,0	1026,1	979,7
Bergbau	"	"	"	60,0	59,9	59,5	55,2	60,8	54,7	54,7	55,0	52,8	52,7	53,1	52,6	51,4	
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	232,5	229,1	217,3	208,1	235,5	219,4	223,8	219,3	218,1	223,7	220,6	217,6		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	451,0	449,6	426,5	415,7	455,7	427,0	427,8	431,2	403,2	434,9	429,0	426,7		
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	271,1	266,4	258,3	250,0	280,6	258,9	259,1	252,8	242,1	238,2	265,5			
Arbeiterstd. je Arb. 8)	BRD	Std.	S	164	164	157	152	169	156	158	158	151	151	162	161	162	
Gesamte Industrie	"	"	"	150	151	151	141	156	143	144	147	142	143	146	147		
Bergbau	"	"	"	168	169	163	155	174	161	165	164	162	161	167			
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	165	166	157	154	168	157	158	159	149	149	163			
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	160	158	153	147	165	152	153	150	144	142				
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	177	181	165	158	176	164	168	171	164	170				
Produktionsergebnis 9)																	
je Beschäftigten	BRD *)	1958 = 100	VD	149,0	.	.	143,0	.	.	152,4	.	.	188,7	.	.	151,5	.
je Beschäftigtenstunde	"	"	"	159,9	.	.	157,0	.	.	160,9	.	.	161,7	.	.	164,5	.
je Arbeiter	"	"	"	157,9	.	.	151,8	.	.	162,5	.	.	148,0	.	.	162,6	.
je Arbeiterstunde	"	"	"	169,1	.	.	166,4	.	.	171,2	.	.	172,3	.	.	176,4	.
Durchschnittl. Bruttost.- Lohnempfänger insgesamt																	
Männliche Arbeiter	BRD	DM	D	.	.	4,35	.	.	4,53	.	.	4,59	.	.	4,60	.	.
Weibliche Arbeiter	"	"	"	.	.	4,66	.	.	4,82	.	.	4,89	.	.	4,89	.	.
"	"	"	"	.	.	3,20	.	.	3,31	.	.	3,35	.	.	3,39	.	.

*) D = Gesamtdeutschland, BRD = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland und Berlin (West), BRD *) = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland, ohne Berlin, W-B = Berlin (West), O-B = Berlin (Ost), MD